

VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

Absender: MIT DER INTERNATIONALEN VORLÄUFIGEN PRÜFUNG BEAUFTRAGTE BEHÖRDE

An:

SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT
Postfach 22 16 34
D-80506 München
ALLEMAGNE

CTIPS AM Mch P
rec. JUL 22 2004
IP
time limit 09.08.04

PCT

MITTEILUNG ÜBER DIE ÜBERSENDUNG
DES INTERNATIONALEN VORLÄUFIGEN
PRÜFUNGSBERICHTS

(Regel 71.1 PCT)

Absendedatum
(Tag/Monat/Jahr)

21.07.2004

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts
2002P05718WO

WICHTIGE MITTEILUNG

Internationales Aktenzeichen
PCT/DE 03/01064

Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr)
01.04.2003

Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr)
09.04.2002

Anmelder

SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT et al.

1. Dem Anmelder wird mitgeteilt, daß ihm die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde hiermit den zu der internationalen Anmeldung erstellten internationalen vorläufigen Prüfungsbericht, gegebenenfalls mit den dazugehörigen Anlagen, übermittelt.
2. Eine Kopie des Berichts wird - gegebenenfalls mit den dazugehörigen Anlagen - dem Internationalen Büro zur Weiterleitung an alle ausgewählten Ämter übermittelt.
3. Auf Wunsch eines ausgewählten Amtes wird das Internationale Büro eine Übersetzung des Berichts (jedoch nicht der Anlagen) ins Englische anfertigen und diesem Amt übermitteln.

4. ERINNERUNG

Zum Eintritt in die nationale Phase hat der Anmelder vor jedem ausgewählten Amt innerhalb von 30 Monaten ab dem Prioritätsdatum (oder in manchen Ämtern noch später) bestimmte Handlungen (Einreichung von Übersetzungen und Entrichtung nationaler Gebühren) vorzunehmen (Artikel 39 (1)) (siehe auch die durch das Internationale Büro im Formblatt PCT/IB/301 übermittelte Information).

Ist einem ausgewählten Amt eine Übersetzung der internationalen Anmeldung zu übermitteln, so muß diese Übersetzung auch Übersetzungen aller Anlagen zum internationalen vorläufigen Prüfungsbericht enthalten. Es ist Aufgabe des Anmelders, solche Übersetzungen anzufertigen und den betroffenen ausgewählten Ämtern direkt zuzuleiten.

Weitere Einzelheiten zu den maßgebenden Fristen und Erfordernissen der ausgewählten Ämter sind Band II des PCT-Leitfadens für Anmelder zu entnehmen.

Der Anmelder wird auf Artikel 33(5) hingewiesen, in welchem erklärt wird, daß die Kriterien für Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit, die im Artikel 33(2) bis (4) beschrieben werden, nur für die internationale vorläufige Prüfung Bedeutung haben, und daß "jeder Vertragsstaat (...) für die Entscheidung über die Patentfähigkeit der beanspruchten Erfindung in diesem Staat zusätzliche oder abweichende Merkmale aufstellen" kann (siehe auch Artikel 27(5)). Solche zusätzlichen Merkmale können z.B. Ausnahmen von der Patentierbarkeit, Erfordernisse für die Offenbarung der Erfindung sowie Klarheit und Stützung der Ansprüche betreffen.

Name und Postanschrift der mit der internationalen Prüfung beauftragten Behörde



Europäisches Patentamt
D-80298 München
Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d
Fax: +49 89 2399 - 4465

Bevollmächtigter Bediensteter

Kastlova, A

Tel. +49 89 2399-2348



VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

PCT

INTERNATIONALER VORLÄUFIGER PRÜFUNGSBERICHT

(Artikel 36 und Regel 70 PCT)

REC'D 22 JUL 2004



WIPO PCT

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts 2002P05718WO	WEITERES VORGEHEN siehe Mitteilung über die Übersendung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts (Formblatt PCT/PEA/416)	
Internationales Aktenzeichen PCT/DE 03/01064	Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr) 01.04.2003	Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr) 09.04.2002
Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK H04Q7/38		
Anmelder SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT et al.		

1. Dieser internationale vorläufige Prüfungsbericht wurde von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde erstellt und wird dem Anmelder gemäß Artikel 36 übermittelt.
2. Dieser BERICHT umfaßt insgesamt 6 Blätter einschließlich dieses Deckblatts.
☒ Außerdem liegen dem Bericht ANLAGEN bei; dabei handelt es sich um Blätter mit Beschreibungen, Ansprüchen und/oder Zeichnungen, die geändert wurden und diesem Bericht zugrunde liegen, und/oder Blätter mit vor dieser Behörde vorgenommenen Berichtigungen (siehe Regel 70.16 und Abschnitt 607 der Verwaltungsrichtlinien zum PCT).
Diese Anlagen umfassen insgesamt fünf Blätter.

3. Dieser Bericht enthält Angaben zu folgenden Punkten:

I	<input checked="" type="checkbox"/>	Grundlage des Bescheids
II	<input type="checkbox"/>	Priorität
III	<input type="checkbox"/>	Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit
IV	<input type="checkbox"/>	Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung
V	<input checked="" type="checkbox"/>	Begründete Feststellung nach Regel 66.2 a)ii) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung
VI	<input type="checkbox"/>	Bestimmte angeführte Unterlagen
VII	<input type="checkbox"/>	Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung
VIII	<input type="checkbox"/>	Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung

Datum der Einreichung des Antrags 29.08.2003	Datum der Fertigstellung dieses Berichts 21.07.2004
Name und Postanschrift der mit der internationalen Prüfung beauftragten Behörde  Europäisches Patentamt D-80298 München Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d Fax: +49 89 2399 - 4465	Bevollmächtigter Bediensteter Aguilar Cabarrus, E Tel. +49 89 2399-7524 

I. Grundlage des Berichts

1. Hinsichtlich der **Bestandteile** der internationalen Anmeldung (*Ersatzblätter, die dem Anmeldeamt auf eine Aufforderung nach Artikel 14 hin vorgelegt wurden, gelten im Rahmen dieses Berichts als "ursprünglich eingereicht" und sind ihm nicht beigelegt, weil sie keine Änderungen enthalten (Regeln 70.16 und 70.17)*):

Beschreibung, Seiten

1-21 in der ursprünglich eingereichten Fassung

Ansprüche, Nr.

1-15 eingegangen am 25.06.2004 mit Schreiben vom 24.06.2004

Zeichnungen, Blätter

1/2-2/2 in der ursprünglich eingereichten Fassung

2. Hinsichtlich der **Sprache**: Alle vorstehend genannten Bestandteile standen der Behörde in der Sprache, in der die internationale Anmeldung eingereicht worden ist, zur Verfügung oder wurden in dieser eingereicht, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.

Die Bestandteile standen der Behörde in der Sprache: zur Verfügung bzw. wurden in dieser Sprache eingereicht; dabei handelt es sich um:

- ☐ die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (nach Regel 23.1(b)).
- ☐ die Veröffentlichungssprache der internationalen Anmeldung (nach Regel 48.3(b)).
- ☐ die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung eingereicht worden ist (nach Regel 55.2 und/oder 55.3).

3. Hinsichtlich der in der internationalen Anmeldung offenbarten **Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz** ist die internationale vorläufige Prüfung auf der Grundlage des Sequenzprotokolls durchgeführt worden, das:

- ☐ in der internationalen Anmeldung in schriftlicher Form enthalten ist.
- ☐ zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- ☐ bei der Behörde nachträglich in schriftlicher Form eingereicht worden ist.
- ☐ bei der Behörde nachträglich in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- ☐ Die Erklärung, daß das nachträglich eingereichte schriftliche Sequenzprotokoll nicht über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung im Anmeldezeitpunkt hinausgeht, wurde vorgelegt.
- ☐ Die Erklärung, daß die in computerlesbarer Form erfassten Informationen dem schriftlichen Sequenzprotokoll entsprechen, wurde vorgelegt.

4. Aufgrund der Änderungen sind folgende Unterlagen fortgefallen:

- ☐ Beschreibung, Seiten:
- ☐ Ansprüche, Nr.:
- ☐ Zeichnungen, Blatt:

5. ☐ Dieser Bericht ist ohne Berücksichtigung (von einigen) der Änderungen erstellt worden, da diese aus den angegebenen Gründen nach Auffassung der Behörde über den Offenbarungsgehalt in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgehen (Regel 70.2(c)).

(Auf Ersatzblätter, die solche Änderungen enthalten, ist unter Punkt 1 hinzuweisen; sie sind diesem Bericht beizufügen.)

6. Etwaige zusätzliche Bemerkungen:

V. Begründete Feststellung nach Artikel 35(2) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

- | | |
|--------------------------------|---|
| 1. Feststellung | |
| Neuheit (N) | Ja: Ansprüche 1-15
Nein: Ansprüche |
| Erfinderische Tätigkeit (IS) | Ja: Ansprüche 1-15
Nein: Ansprüche |
| Gewerbliche Anwendbarkeit (IA) | Ja: Ansprüche: 1-15
Nein: Ansprüche: |

2. Unterlagen und Erklärungen:

siehe Beiblatt

Es wird auf das folgende Dokumente verwiesen:

- D1:** WO 98 25392 A
- D2:** ETSI TS 123 140 V3.0.1 (2000-03); Technical Specification: Universal Mobile Telecommunication System (UMTS); Multimedia Messaging Service (MMS); Functional description; Stage 2 (3G TS 23.140 version 3.0.1 Release 1999)
- D3:** Wireless Application Protocol; WAP-209-MMSEncapsulation-20020105-a; Version 05-Jan-2002

Zu Punkt V

Begründete Feststellung hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

1. Die vorliegende **Erfindung** bezieht sich auf ein **Verfahren** zur Übertragung von Daten, insbesondere mit Multimedial Inhalten, von einer ersten Kommunikationseinheit an eine zweite Kommunikationseinheit in einem Kommunikationsnetz **und** auf eine **Vermittlungsanordnung** gemäß den Merkmalen im Oberbegriff der **Ansprüche 1 und 12**.
2. Wenn eine erste Kommunikationseinheit eine Multimedia Nachricht (MM: Multimedia Message) and eine zweite Kommunikationseinheit über eine Vermittlungsanordnung schickt, wird diese MM zunächst in der Vermittlungsanordnung gespeichert. Normalerweise wird die MM mit einem Gültigkeitszeitraum versehen, nach dessen Ablauf die MM von der zweiten Kommunikationseinheit herunter geladen werden kann. Verschiedene Verfahren zur Übertragung von MMs sind im Stand der Technik **bekannt**.

In Dokument **D1** wird eine MM von einer ersten Kommunikationseinheit zunächst in einer Vermittlungsanordnung gesendet, in der gecheckt wird, ob eine bestimmte Empfangsbedingung erfüllt ist. Erfüllt sich diese Empfangsbedingung nicht, dann wird von der Vermittlungsanordnung eine Übertragungszustand-Nachricht an die erste Kommunikationseinheit gesendet, die eine Information über eine Nicht-Zustellbarkeit der MM besagt.

Die vom Anmelder zitierten Dokumente **D2** (Absatz 7.3) und **D3** (Absätze 6.5 und 7.2.23) stellen den Stand der Technik in den standardisierenden Gremien ETSI und

WAP Forum dar. Nach diesen Dokumenten wird die erste Kommunikationseinheit mit der Nachricht "M-Delivery.ind" von der Vermittlungsanordnung über den Zustand der MM-Übertragung informiert. Definierte Zustände sind: Empfangen, abgelehnt, verzögert, nicht-erkannt und abgelaufen.

3. Ein wesentlicher Nachteil der vorliegenden Zustände ist es, daß wenn der Status "abgelaufen" zurückgeschickt wird, die erste Kommunikationseinheit nicht weiß, ob die zweite Kommunikationseinheit die geschickte MM absichtlich nicht von der Vermittlungsanordnung herunter geladen hat, oder ob die zweite Kommunikationseinheit innerhalb des Gültigkeitszeitraumes der MM nur nicht erreichbar war und daher die MM nicht zugestellt werden konnte.
4. Der vorliegenden Erfindung liegt die **Aufgabe** zugrunde, die erste Kommunikationseinheit über diesen letzten Zustand zu informieren.
5. Zur **Lösung** dieser Aufgabe ist ein **Verfahren** zur Übertragung von Daten, insbesondere mit Multimedialdaten, von einer ersten Kommunikationseinheit an eine zweite Kommunikationseinheit in einem Kommunikationsnetz **und** auf eine **Vermittlungsanordnung** gemäß den Merkmalen des kennzeichnenden Teils der **Ansprüche 1 und 12** vorgesehen.

Die **Erfindung** besteht darin, daß die Nicht-Zustellbarkeit der gesendeten Daten dann vorliegt, wenn der ordnungsgemäße Erhalt der gesendeten Daten oder eine Empfangsbenachrichtigungs-Mitteilung über die an die zweite Kommunikationseinheit zu übertragenden Daten von der zweiten Kommunikationseinheit nicht durch eine jeweils zugehörige Bestätigungs-Meldung quittiert wird.

6. Die vorliegende **Erfindung** bietet den **Vorteil**, daß die erste Kommunikationseinheit somit eine Entscheidungshilfe hat, ob sie die entsprechende MM mit einer erhöhten Gültigkeitsdauer eventuell nochmal senden soll, damit diese die zweite Kommunikationseinheit erreichen kann.
7. Der Gegenstand der vorliegenden Erfindung wird durch die anderen, im **Internationalen Recherchen Bericht zitierten Dokumenten** weder offenbart noch nahegelegt.

8. Der **Gegenstand** der **unabhängigen Ansprüche 1 und 12** wird daher als **neu** und **erfinderisch** angesehen, Artikel 33(2) und (3) PCT.
9. Die **Ansprüche 2 bis 11 und 13 bis 15** sind abhängig von Ansprüchen 1 und 12 und erfüllen somit **ebenfalls** die Erfordernisse der Artikel 33(2) und (3) PCT hinsichtlich **Neuheit** und **erfinderische Tätigkeit**.
10. Die vorliegende **Erfindung** ist **gewerblich anwendbar**, Artikel 33(4) PCT.

Sonstiges:

Damit die Erfordernisse der Regel 5.1 a) ii) PCT erfüllt werden, hätte in der **Beschreibungseinleitung** das Dokument **D1** angegeben werden sollen, die bezüglich der vorliegenden Anmeldung einen **relevanten Stand der Technik** darstellt; der darin enthaltene einschlägige Stand der Technik hätte kurz umrissen werden sollen.

Patentansprüche

1. Verfahren zur Übertragung von Daten, insbesondere mit
multimedialen Inhalten, von einer ersten Kommunikations-
einheit (10; 110) an eine zweite Kommunikationseinheit
(40; 114) in einem Telekommunikationsnetz (10, 20, 30,
40; 110, 112, 114), wobei der ersten Kommunikationsein-
heit (10; 110) mindestens eine den Daten zugeordnete Über-
tragungszustand-Nachricht (M-Delivery.ind) übermittelt
wird, wobei
im Falle einer Nicht-Zustellbarkeit der Daten an die
zweite Kommunikationseinheit (40; 114) in der Übertra-
gungszustand-Nachricht (M-Delivery.ind) eine Information
über eine Nicht-Zustellbarkeit der gesendeten Daten vor-
gesehen wird,
dadurch gekennzeichnet,
dass die Nicht-Zustellbarkeit der gesendeten Daten vor-
liegt, wenn der ordnungsgemäße Erhalt der gesendeten Da-
ten oder einer Empfängerbenachrichtigungs-Mitteilung (M-
Notification.ind) über die an die zweite Kommunikations-
einheit (40; 114) zu übertragenden Daten von der zweiten
Kommunikationseinheit (40; 114) nicht durch eine jeweils
zugehörige Bestätigungs-Meldung (M-NotifyResp.ind, M-
Acknowledge.ind) quittiert wird.
2. Verfahren nach Anspruch 1,
dadurch gekennzeichnet,
dass die Information über eine Nicht-Zustellbarkeit der
gesendeten Daten in der Übertragungszustand-Nachricht
(M-Delivery.ind) vorgesehen wird, wenn die Daten der
zweiten Kommunikationseinheit (40; 114) nicht innerhalb
eines vorgebbaren Gültigkeitszeitraums zustellbar sind.

3. Verfahren nach Anspruch 1 oder 2,
dadurch gekennzeichnet,
dass die Nicht-Zustellbarkeit der gesendeten Daten vor-
liegt, wenn der ordnungsgemäße Erhalt der gesendeten Da-
ten und einer Empfängerbenachrichtigungs-Mitteilung (M-
Notification.ind) über die an die zweite Kommunikations-
einheit (40; 114) zu übertragenden Daten von der zweiten
Kommunikationseinheit (40; 114) nicht durch eine jeweils
zugehörige Bestätigungs-Meldung (M-NotifyResp.ind, M-
Acknowledge.ind) quittiert wird.
4. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 3,
dadurch gekennzeichnet,
dass das Telekommunikationsnetz (10, 20, 30, 40; 110,
112, 114) eine Vermittlungsanordnung (20, 30; 112) um-
faßt, über die die Daten von der ersten (10, 110) zu der
zweiten (40, 114) Kommunikationseinheit übertragen wer-
den, wobei die Vermittlungsanordnung (20, 30, 112) die
Nicht-Zustellbarkeit der gesendeten Daten feststellt und
die Übertragungszustand-Nachricht (M-Delivery.ind) an die
erste Kommunikationseinheit (10, 110) versendet.
5. Verfahren nach Anspruch 1 oder 4,
dadurch gekennzeichnet,
dass die Daten mittels des "Multimedia Messaging Service"
(MMS) unter Verwendung des "Wireless Application Proto-
col" (WAP) übertragen werden.
6. Verfahren nach Anspruch 5,
dadurch gekennzeichnet,
dass die Empfängerbenachrichtigungs-Mitteilung
(M-notification.ind) eine MMS-Mitteilung der Kategorie
"X-Mms-Message-Type: m-notification-ind" umfasst.

7. Verfahren nach Anspruch 5 oder 6,
dadurch gekennzeichnet,
dass die Daten an den Empfänger mittels mindestens einer
MMS-Mitteilung der Kategorie "X-Mms-Message-Type:
m-retrieve-conf" übertragen werden.
8. Verfahren nach einem der Ansprüche 5 bis 7,
dadurch gekennzeichnet,
dass die Übertragungszustand-Nachricht (M-Delivery.ind)
eine MMS-Mitteilung der Kategorie "X-Mms-Message-Type:
m-delivery-ind" umfasst.
9. Verfahren nach Anspruch 8,
dadurch gekennzeichnet,
dass die Information über die Nicht-Zustellbarkeit der
gesendeten Daten im Datenfeld "X-Mms-Status" der Übertra-
gungszustand-Nachricht (M-delivery.ind) durch den Wert:
"<Octet 133>" dargestellt werden.
10. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 9,
dadurch gekennzeichnet,
dass die erste (10; 110) und/oder die zweite (40; 114)
Telekommunikationseinheit ein Mobilfunk-Modul umfasst.
11. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 10,
dadurch gekennzeichnet,
dass das Telekommunikationsnetz (10, 20, 30, 40; 110,
112, 114) zumindest bereichsweise als Mobilfunknetz aus-
gebildet ist und die erste (10; 110) und/oder die zweite
(40; 114) Kommunikationseinheit gemäß dem GSM-, GPRS,
EDGE- oder/und UMTS-Standard arbeiten.
12. Vermittlungsanordnung (20, 30; 112) zur Übertragung von
Daten in einem Telekommunikationsnetz (10, 20, 30, 40;

110, 112, 114), insbesondere nach einem Verfahren gemäß einem der vorstehenden Ansprüche, von einer ersten Kommunikationseinheit (10; 110) zu einer zweiten Kommunikationseinheit (40; 114), wobei

5 die Vermittlungsanordnung (20, 30; 112) eine Einrichtung zum Erstellen einer Übertragungszustand-Nachricht umfasst, die den an die zweite Kommunikationseinheit (40; 114) zu übertragenden Daten zugeordnet ist, wobei

10 die Einrichtung zum Erstellen der Übertragungszustand-Nachricht eine Information über eine Nicht-Zustellbarkeit der zu übertragenden Daten in der Übertragungszustand-Nachricht (M-Delivery.ind) vorsieht, wenn die Daten der zweiten Kommunikationseinheit (40; 114) nicht zustellbar sind,

15 dadurch gekennzeichnet,
dass für die Einrichtung zum Erstellen der Übertragungszustand-Nachricht die Nicht-Zustellbarkeit der gesendeten Daten vorliegt, wenn der ordnungsgemäße Erhalt der gesendeten Daten oder einer Empfängerbenachrichtigungs-
20 Mitteilung (M-Notification.ind) über die an die zweite Kommunikationseinheit (40; 114) zu übertragenden Daten von der zweiten Kommunikationseinheit (40; 114) nicht durch eine jeweils zugehörige Bestätigungs-Meldung (M-NotifyResp.ind, M-Acknowledge.ind) quittiert wird.

25 13. Vermittlungsanordnung nach Anspruch 12,

dadurch gekennzeichnet,
dass die Einrichtung zum Erstellen der Übertragungszustand-Nachricht die Information über die Nicht-Zustellbarkeit der zu übertragenden Daten in der Übertragungszustand-Nachricht (M-Delivery.ind) vorsieht, wenn die Daten der zweiten Kommunikationseinheit (40; 114) nicht innerhalb eines vorgebbaren Gültigkeitszeitraums zustellbar

sind.

14. Vermittlungsanordnung nach Anspruch 12 oder 13,
dadurch gekennzeichnet,
5 dass für die Einrichtung zum Erstellen der Übertragungs-
zustand-Nachricht die Nicht-Zustellbarkeit der gesendeten
Daten vorliegt, wenn der ordnungsgemäße Erhalt der gesen-
deten Daten und einer Empfängerbenachrichtigungs-
Mitteilung (M-Notification.ind) über die an die zweite
10 Kommunikationseinheit (40; 114) zu übertragenden Daten
von der zweiten Kommunikationseinheit (40; 114) nicht
durch eine jeweils zugehörige Bestätigungs-Meldung
(M-NotifyResp.ind, M-Acknowledge.ind) quittiert wird.
- 15 15. Vermittlungsanordnung nach einem der Ansprüche 12 bis 14,
dadurch gekennzeichnet,
dass die Vermittlungsanordnung (20, 30; 112) eine Ein-
richtung zum Übermitteln der Übertragungszustand-Nach-
richt an die erste Kommunikationseinheit (10; 110) um-
20 fasst.

25